

zentralasien- analysen



www.laender-analysen.de/zentralasien

DIE LAGE IN TURKMENISTAN DIE STIMMUNG IN KASACHSTAN

■ ANALYSE		
Turkmenistan – Quo vadis?		2
Von Dieter Matthei, Meckenheim		
■ KARTE		
Turkmenistan. Physische Übersicht		7
■ STATISTIK		
Wirtschaftsindikatoren zentralasiatischer Länder im Vergleich		8
<hr/>		
■ DOKUMENTATION		
Kasachstan im Sommer 2008. Ein Stimmungsbild		12
<hr/>		
■ CHRONIK		
Vom 22. November bis 12. Dezember 2008		18
<hr/>		
■ LESEHINWEIS		
Caucasus Analytical Digest		24

Die Herausgeber danken dem Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft für die Finanzierung der Zentralasien-Analysen und der GTZ für eine großzügige Unterstützung.



Analyse**Turkmenistan – Quo vadis?**

Von Dieter Matthei, Meckenheim

Zusammenfassung

Die Verhältnisse in Turkmenistan waren Ende 2006 nach der langjährigen Herrschaft des »Turkmenbaschi« von Rückständigkeit, Unterdrückung jeglicher Kritik, Korruption und einem skurrilen Personenkult gekennzeichnet. In seiner nun knapp zweijährigen Amtszeit hat der neue Präsident, Gurbanguly Berdymuchammedow, das Land aus seiner außenpolitischen Isolation geführt und vorsichtige politische, wirtschaftliche und soziale Reformen begonnen. Die Stärkung der Stellung des Parlaments und die am 14. Dezember abgehaltenen Parlamentswahlen bieten eine weitere Chance, Demokratisierung und Liberalisierung von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft voranzutreiben.

Die Hinterlassenschaft der Ära Nijasow

Saparmurad Nijasow, das Oberhaupt aller Turkmenen (Turkmenbaschi), der Turkmenistan mehr als 20 Jahre lang mit harter Hand regiert hatte, hatte seinem Nachfolger nach seinem unerwarteten Ableben am 21. Dezember 2006 ein isoliertes und rückständiges Land hinterlassen: Politische Transformation, Privatisierung der Wirtschaft und Justiz-, Land-, Bildungs- sowie Gesundheitsreform waren infolge mangelnden politischen Willens und des Unvermögens der durchführenden Organe kaum vorangekommen. Vetternwirtschaft und Korruption durchsetzten Staat und Gesellschaft. Potentielle politische Rivalen mit Rückhalt in der alten Nomenklatura oder in den Regionen waren ausgeschaltet. Unbedingte Loyalität dominierte über Fachkenntnis und Erfahrung. Die politische Opposition war außer Landes getrieben. Die Verdrängung der russischen Minderheit hatte das Land weitgehend seiner Elite beraubt.

Fundamentale Rechte wurden schamlos verletzt. Die Überwachung durch Polizei und Sicherheitsdienst waren total. Übergriffe und Willkür der Sicherheits- und Staatsorgane waren an der Tagesordnung. Die Medien unterlagen einer strikten Zensur. Ausländischen Journalisten blieb das Land verschlossen. Zugang zum Internet hatten nur wenige Privilegierte. Das kulturelle Leben war auf turkmenische Folklore und »Ruhnama«, das goldene Buch des Turkmenbaschi, reduziert.

Die Schul- wie Studienzeit war um jeweils ein Jahr reduziert worden. Mehr als 12.000 Lehrer hatten ihren Arbeitsplatz verloren. Die Sprachen der Minderheiten, vor allem das Russische, waren durch das Turkmenische als Unterrichtssprache ersetzt, der Lehrstoff mit »Ruhnama« überfrachtet. Korruption hatte Bildung zum wohlfeilen Gut gemacht. Die ärztliche Versorgung war nur noch mit Einschränkungen gewährleistet, das System der neu eingeführten Krankenversicherung undurchdacht. Renten und staatliche Fürsorgeleistungen waren empfindlich gekürzt oder gänzlich gestrichen. Die Arbeitslosigkeit war hoch.

Der Machtwechsel

Das autokratische System, das Nijasow geschaffen hatte, war untrennbar mit seiner Person verbunden. Es setzte voraus, dass im Falle seines Ablebens eine starke Persönlichkeit mit entsprechender Machtbasis und Rückhalt in der Bevölkerung bereitstand, um das entstandene Machtvakuum zu füllen.

Die Verfassung sah vor, dass nach dem Tod des Präsidenten übergangsweise der Präsident der Mejlis (Parlament) die Amtsgeschäfte bis zur Wahl eines Nachfolgers führte. Der damalige Parlamentspräsident, Owesgeldi Atajew, ein farbloser und durch eine Familienaffäre politisch angeschlagener Mann, besaß jedoch weder das Format, noch den nötigen Rückhalt im Machtapparat, um das Land nach dem unerwarteten Tod Nijasows durch die bevorstehende, schwierige Zeit zu steuern. Das Problem wurde, wie die russische Zeitung »Kommerstant« treffend bemerkte, auf »orientalische Weise« gelöst. Unmittelbar nach Nijasows Ableben traten Sicherheitsrat und Ministerkabinett zusammen, ließen Atajew wegen Anstiftung zur Urkundenfälschung und Nötigung unter Anklage stellen, beriefen die Halk Maslahaty (Volksrat) ein – das oberste Verfassungsorgan des Landes, ausgestattet mit umfangreichen exekutiven, legislativen und judikativen Kompetenzen, das alle politischen und gesellschaftlichen Kräfte des Landes repräsentierte – und ernannten den stellvertretenden Ministerpräsidenten Gurbanguly Berdymuchammedow zum Interimspräsidenten. Die befürchteten Diadochenkämpfe blieben aus. Machtorgane und regionale Kräfte stellten ihre Machtansprüche hinter der Einheit der Nation zurück.

Die neue Führung

Sogleich nach dem Tode Nijasows wurden Neuwahlen angesetzt. Die Halk Maslahaty nominierte sechs Kandidaten, die Aschhabad und die fünf Regionen (Welajats) sowie die wichtigsten Bereiche des Staates und der Wirtschaft repräsentierten. Sie gehörten der

einzig zugelassenen Partei, der Demokratischen Partei Turkmenistans, an. Spitzenreiter war, wie nicht anders zu erwarten, Berdymuchammedow.

Der Ausschluss der im Ausland lebenden Opposition war zu bedauern. Für das Gros der Bevölkerung stellten ihre Exponenten aber ohnehin keine ernstzunehmende Alternative dar, da sie sich durchweg als Parteigänger Nijasows und Profiteure seines Systems diskreditiert hatten.

Berdymuchammedow trat mit einem alle Regionen und Bereiche ansprechenden Programm an und setzte klare Prioritäten. Er versprach, die Demokratisierung des Landes voranzutreiben, die Rechtssicherheit zu verbessern, neue Exportwege für Turkmenistans Öl- und Gasressourcen zu erschließen, eine Reform der Landwirtschaft anzugehen, Arbeitsplätze zu schaffen, Telekommunikation und internationale Kontakte sowie den Wohnungsbau zu fördern, Renten und Sozialleistungen zu erhöhen, das Bildungswesen zu reorganisieren und privates Unternehmertum zu fördern. Ausdrücklich versicherte er, die kostenlose Bereitstellung von Gas, Wasser und Elektrizität sowie die Subventionierung von Kraftstoff und des öffentlichen Verkehrs beibehalten zu wollen. Sein Programm wurde von der Bevölkerung als der Beginn eines neuen »Tauwetters« begrüßt.

Mit über 89 % der abgegebenen Stimmen wurde Berdymuchammedow am 11. Februar 2007 zum Präsidenten gewählt. Dieses Ergebnis entsprach in seiner Grundtendenz durchaus der allgemeinen Stimmung im Lande. Ausländische Beobachter waren aus Anlass der Wahl eingeladen. Die Einreise von Journalisten stellte die Behörden allerdings vor Probleme, so dass nur wenige, handverlesene Journalisten am Wahltag im Land waren. Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) hatte von der Entsendung einer Wahlbeobachtermission abgesehen, da die Zeit für deren Aufstellung zu kurz war und die Grundbedingungen für eine freie und faire Wahl noch nicht gewährleistet schienen. Das Office for Democratisation and International Human Rights (ODIHR) der OSZE entsandte lediglich einige internationale Wahlrechtsexperten zur Unterstützung des OSZE-Zentrums in Aschhabad. Eine Parlamentariergruppe der Parlamentarischen Versammlung der OSZE hielt sich am Wahltag ebenfalls im Lande auf.

Mit Berdymuchammedow war ein Mann an die Spitze des Staates gelangt, der sich schon allein vom Alter und Beruf her von dem klassischen Apparatschik Nijasow unterschied. In seiner Regierungserklärung machte Berdymuchammedow erneut deutlich, dass radikale politische und wirtschaftliche Reformen nicht zu erwarten

seien und er sich zunächst auf die Beseitigung von Fehlentwicklungen im Bildungs- und Gesundheitswesen sowie im sozialen Bereich konzentrieren werde. Grundsätzlich versprach er eine Öffnung des Landes, verbunden mit einer schrittweisen Liberalisierung und Demokratisierung bei gleichzeitiger Stärkung der staatlichen Strukturen.

Öffnung des Landes und Reformen

In der Region Zentralasien wie auf der internationalen Bühne trat Turkmenistan ab 2007 aus seiner bisherigen Isolation heraus. Das Misstrauen und die Beratungsresistenz, die unter Nijasow die Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen und ausländischen Institutionen erschwert hatten, schwanden. Selbst internationale Consulting Firmen werden nun zur Mitarbeit an der Durchführung geplanter Reformprojekte eingeladen. Die Gespräche mit den USA wurden intensiviert, Menschenrechtsfragen und Religionsfreiheit angesprochen. Die Beziehungen zur Europäischen Union wurden auf eine neue Grundlage gestellt. Die Beziehungen zur Europäischen Union wurden mit der im Sommer 2007 verabschiedeten Zentralasienstrategie der EU auf eine neue Grundlage gestellt. Menschenrechtsfragen und Energiesicherheit werden nicht mehr isoliert betrachtet, sondern in einen größeren Zusammenhang gestellt.

In den Schulen wurde das unter Nijasow gestrichene 10. Schuljahr wieder eingeführt, die Studienzeiten wurden von vier auf fünf Jahre heraufgesetzt, die Zahl der Studienplätze um ca. 15 % erhöht und ausländische Bildungsabschlüsse wieder anerkannt. Die zweijährige praktische Ausbildung während des Studiums wurde eingestellt, neue Curricula entwickelt und neue Schulbücher herausgegeben, die Gehälter der Lehrer um 40 % erhöht. Selbst die Gründung privater Bildungseinrichtungen ist nun möglich. Im Herbst diesen Jahres schlug Präsident Berdymuchammedow sogar die Gründung einer Turkmenisch-Deutschen Universität vor. Die Entsendung turkmenischer Studenten an ausländische, insbesondere russische, Universitäten nimmt zu. Schulen werden vermehrt an das Internet angeschlossen. Die Zahl der versprochenen Internetcafés ist noch immer gering, der Zugang reglementiert und kontrolliert. Nichtregierungskonforme Webseiten sind geblockt – ein Zeichen, wie sehr die neue Regierung noch Kritik an den Verhältnissen im Lande fürchtet.

Neue Krankenhäuser in den Provinzhauptstädten und in strukturschwachen Gebieten wurden eröffnet. Die Sozialgesetzgebung wurde überarbeitet und ergänzt, Kürzungen und Aufhebungen von Renten und staatlichen Fürsorgeleistungen rückgängig gemacht. Pro-

blematisch bleibt allerdings das 2003 eingeführte beitragsfinanzierte Krankenversicherungssystem. Und noch immer sind die Renten, wenn sie denn überhaupt pünktlich gezahlt werden, zu gering. Arbeitslose, Rentner und sozial Schwache bleiben auf die Unterstützung ihrer Familien angewiesen.

Drastische Erhöhungen der Benzin- wie Nahverkehrspreise lassen weite Teile der Bevölkerung mit Wehmut an die Zeiten unter Nijasow zurückdenken. Aber sie werden, genauso wie die schon seit langem vom Internationalen Währungsfonds und der EU empfohlene und in diesem Jahr in zwei Schritten vorgenommene Angleichung der Wechselkurse, trotz der damit verbundenen Preissteigerungen, widerspruchslos mitgetragen.

Obwohl die konsequente Kontrolle der Bevölkerung und das Misstrauen gegenüber dem Entstehen einer Zivilgesellschaft fort dauern, hat das neue System doch Erleichterungen für den Einzelnen gebracht. Die lästigen Personen- und Fahrzeugkontrollen im Lande wurden aufgehoben, Reisen in den unmittelbaren Grenzbereich und in das Ausland erleichtert. Die »Schwarze Liste« der Personen, denen aus Gründen der Staatssicherheit die Ausreise verwehrt wird, ist kleiner geworden. Die Zahl der zugelassenen Glaubensgemeinschaften ist gestiegen. Die Anhänger nicht zugelassener Gemeinschaften sind aber weiterhin Opfer staatlicher Willkür. Unabhängige Nichtregierungsorganisationen kämpfen weiterhin um ihre Zulassung.

Der Forderung von Menschenrechtsorganisationen und ausländischen Politikern, inhaftierte oder in psychiatrische Anstalten eingewiesene politische Gefangene, Menschenrechtsaktivisten und Journalisten freizulassen, kommt auch die neue Regierung bisher nur in Einzelfällen nach. Medien- und Meinungsfreiheit bleiben Stiefkinder. Noch immer rangiert Turkmenistan im Ranking von »Reporter ohne Grenzen« an einer der letzten Stellen.

Die Neuordnung der staatlichen Strukturen

Am 26. September diesen Jahres trat die erst Ende Dezember 2007 auf vier Jahre gewählte Halk Maslahaty (Volksrat) zusammen, um über die von der Mejlis (Parlament), der Verfassungskommission und dem Nationalen Institut für Demokratie und Menschenrechte vorgeschlagenen Verfassungsänderungen abzustimmen. Die Vorschläge, die auf die Abschaffung der Halk Maslahaty und die Rückkehr zum Prinzip der klassischen Gewaltenteilung hinausliefen, wurden einstimmig angenommen.

Die Befugnisse des Präsidenten wurden erweitert. Er ernennt und entlässt die Mitglieder des Sicherheitsrates und die Hakime (Vertreter der Exekutive) in den Pro-

vinzen und Städten und genehmigt die grundlegenden Programme und Richtlinien für die politische, wirtschaftliche und soziale Entwicklung des Landes. Die diskutierte Verlängerung der Amtsdauer von fünf auf sieben Jahre wurde nicht in die Verfassung aufgenommen. Die von der internationalen Gemeinschaft scharf kritisierte Bestimmung über die Verhängung von Zwangsarbeit wurde gestrichen.

Die Bedeutung der Mejlis (Parlament) wurde durch die Erweiterung von 65 auf 125 Abgeordnete gestärkt. Sie wurde zum Hüter der Verfassung, erhielt das ausschließliche Gesetzgebungsrecht, das Recht im Falle des Todes des Präsidenten einen Interimspräsidenten zu ernennen und unter bestimmten Voraussetzungen ein Amtsenthebungsverfahren gegen den Präsidenten einzuleiten. Erstmals wurde die Frage eines Mehrparteiensystems, das die Verfassung durchaus zulässt, ernsthaft diskutiert. Kopfzerbrechen bereitete die Frage, wie politische Parteien zu gründen seien, die sich als Vertreter des ganzen Volkes und nicht nur einzelner Interessengruppen verstehen.

Parallel zur Überarbeitung der Verfassung konkretisierte Präsident Berdymuchammedow sein Programm der »Neuen Wiedergeburt«. »Der Staat ist für die Menschen da, das Recht dient den Menschen«, stellte er fest und forderte die Schaffung starker staatlicher Strukturen auf rechtsstaatlicher Basis sowie eine demokratische und säkulare Gesellschaft.

Der um die Person Nijasows aufgebaute Personenkult wurde zurückgefahren. Seine Porträts und viele seiner Denkmäler verschwanden, Wochentage und Monate erhielten ihre alten Bezeichnungen zurück und am Montag dieser Woche (15.12.2008) wurde das Wort »Turkmenbaschi« vom Parlament aus der Nationalhymne gestrichen. Nijasows »Ruhnama« allerdings genießt noch immer einen hohen Stellenwert. Natürlich tauchten bald an Stelle der Porträts des alten Präsidenten die des neuen auf. Viele Kritiker folgern daraus, dass sich in Turkmenistan im Grunde nichts geändert habe. Diese Kritik greift zu kurz. Solange persönlichen Loyalitätsbeziehungen die Politik bestimmen, kommt dem Präsidenten auch weiterhin eine wichtige Integrationsfunktion zu, die für alle sichtbar und greifbar sein muss.

Die Parlamentswahlen vom 14. Dezember 2008

Das im Oktober diesen Jahres novellierte neue Wahlgesetz trägt vielen Forderungen und Empfehlungen der internationalen Gemeinschaft Rechnung. OSZE/ODIHR, UNDP, Wissenschaftler und Politiker haben

im Dialog mit Abgeordneten der Mejlis und anderen turkmenischen Institutionen daran mitgewirkt und durch intensive Schulungen die Vorbereitung der Wahlen aktiv begleitet.

Das Wahlgesetz sieht vor, dass neben der Demokratischen Partei und den in der »Galkynysch« (Erneuerung) zusammengeschlossenen Organisationen (Frauen- und Jugend-Union, Verband der Veteranen, Gewerkschaft) auch Bürger Kandidaten aufstellen können, sofern die Kandidatur von 10 Wahlberechtigten eingebracht und von 200 Personen unterstützt wird. Die Kandidatenlisten zeigten aber, dass alle Bewerber um einen Parlamentssitz entweder der Demokratischen Partei oder der »Galkynysch« angehörten, Organisationen also, an deren Spitze der Präsident steht. Eine Einflussnahme auf die Kandidatenaufstellung von oben kann daher nicht ausgeschlossen werden. Solange das Vertrauen in die politische Führung fehlt und eine apolitische Haltung in der Bevölkerung überwiegt, ist es ohnehin schwer vorstellbar, dass Bürger das Risiko einer Nominierung oder Kandidatur eingehen. Selbst wenn einzelne bereit sind, dieses Risiko auf sich zu nehmen, haben die staatlichen Organe, wie erst jüngst geschehen, durch Einschüchterung oder Errichtung administrativer Hürden genügend Mittel in der Hand, eine Kandidatur abzublocken. Vertreter der im Ausland sitzenden Opposition blieben von den Wahlen ausgeschlossen.

Da über die Zulassung eines Kandidaten und über Wahlbeschwerden die Zentrale Wahlkommission entscheidet, deren Mitglieder vom Präsidenten ernannt werden, war eine von staatlichem Einfluss freie Wahl nicht gewährleistet. Einen großen Schritt nach vorn bedeutet dagegen die Abschaffung der sogenannten negativen Wahl, einem Überbleibsel aus sowjetischer Zeit. Jetzt kreuzt auch der turkmenische Wähler den Kandidaten an, für den er stimmt und nicht diejenigen aus, die er ablehnt.

Um die 125 Sitze der Mejlis bewarben sich 288 Kandidaten. Den überwiegenden Teil stellte die Demokratische Partei Turkmenistans, 79 waren von den in der »Galkynysch« zusammengeschlossenen Massenorganisationen aufgestellt. Von einem Wahlkampf westlichen Musters war Turkmenistan zwar noch weit entfernt, aber auch hier mussten sich die Kandidaten ihren Wählern stellen, so dass ein politischer Wettbewerb durchaus gegeben war, wenn auch nicht in der Form entwickelter Demokratien. Dennoch, der Wähler hatte eine Alternative. Die Wahlveranstaltungen wurden weiterhin von den Wahlkommissionen organisiert, die Kandidaten hatten keinen Einfluss auf Ort und Zeit. Ihre Auftritte wurden vom Staat finanziert.

Die GUS hatte auf Ersuchen der turkmenischen Regierung 40 Wahlbeobachter entsandt. Dagegen hatte die OSZE von der Entsendung einer Wahlbeobachtermission abgesehen und nur fünf Wahlrechtsexperten entsandt, die das OSZE-Zentrum in Aschhabad bei der Beobachtung der Wahlen unterstützten. Die UN war mit drei Wahlrechtsexperten vertreten. Darüber hinaus kamen über 2.000 von der UN und OSZE geschulte turkmenische Wahlbeobachter aus dem Nationalen Institut für Demokratie und Menschenrechte sowie der »Galkynysch« zum Einsatz.

Das Interesse der Bevölkerung an den Wahlen war augenscheinlich geringer als bei den Präsidentschaftswahlen, auch wenn die amtlichen Zahlen (94 % Wahlbeteiligung) ein anderes Bild vermitteln. Sie lag aber in jedem Fall weit über den 20–30 %, die eine Webseite der turkmenischen Opposition meldete. Politische Mitwirkung und Gesetzgebung besaßen für die meisten eben nicht den Stellenwert wie Bildungs-, Gesundheits- und Sozialreformen. Mangelndes politisches Interesse, Misstrauen gegenüber staatlichen Institutionen und das Gefühl doch nichts bewirken zu können, ließen offensichtlich viele Bürger den Wahlurnen fernbleiben. Die Wahlbeteiligung in den Städten war höher als auf dem Land, die der jungen Generation höher als bei den Älteren. Die usbekische Minderheit, deren Hoffnungen auf eine eigenständige Vertretung im Parlament sich nicht erfüllt hatten, verhielt sich reserviert. Klagen, die Bevölkerung habe sich nicht hinreichend über Wahlen und Kandidaten informieren können, greifen zu kurz. Wer wollte, konnte sich in den staatlichen Medien informieren. Abgesehen von einzelnen Verstößen gegen die Wahlordnung, sei es aus Unkenntnis oder Unsicherheit, scheint der technische Ablauf der Wahlen kaum größeren Anlass zu Kritik geboten zu haben, darin ist den Wahlbeobachtern der GUS zuzustimmen. Allerdings gibt die hohe offizielle Wahlbeteiligung zu Bedenken Anlass. Sie ist wohl auch auf das weit verbreitete Phänomen zurückzuführen, dass es für jedes Wahllokal aus Gründen des vorauseilenden Gehorsams oder sportlichem Ehrgeiz Ehrensache ist, eine möglichst hohe Zahl zu erreichen. Dabei wird auch zu Mitteln gegriffen, die demokratischen Standards nicht entsprechen. Über eine etwaige Beteiligung übergeordneter staatlicher Stellen kann erst geurteilt werden, wenn die Berichte der unabhängigen Beobachter vorliegen. Nicht vergessen werden aber darf, dass das Pflänzchen Demokratie in Turkmenistan noch jung ist und bis zur Blüte noch längerer Pflege bedarf.

Die Wahlen stellen, selbst wenn es noch an einem hinreichenden demokratischen Umfeld fehlte, einen

wichtigen Schritt auf dem Weg zu Demokratie und Rechtsstaatlichkeit dar, jedenfalls wenn die gewählten Abgeordneten gewillt und in der Lage sind, die ihnen von der Verfassung übertragenen Rechte auszuüben und für ein Mehr an Transparenz zu sorgen.

Ausblick

Menschenrechtsverstöße sowie staatliche Übergriffe und Willkür müssen im Dialog mit der turkmenischen Führung auch weiterhin angesprochen werden. Sie dürfen aber nicht zum alleinigen Maßstab bei der Beurteilung

des gegenwärtigen Reformprozesses gemacht werden. Die Fähigkeit, das Recht gegen regionale, lokale und persönliche Interessen durchzusetzen, ein Mindestmaß an sozialer Infrastruktur und Sicherheit zu garantieren und die brennenden sozialen und wirtschaftlichen Probleme zu lösen, ist ebenso wichtig. Turkmenistan hat nun die Chance, eine tragfähige und akzeptierte Parlaments- und Rechtskultur zu entwickeln, damit der Ruf nach politischen Freiheiten tatsächlich in eine Veränderung des politischen Systems einmündet, und nicht nur in einen Wechsel der herrschenden Eliten.

Über den Autor:

Dieter Matthei ist pensionierter Marineoffizier und promovierter Historiker. Er war von 2002 bis 2007 als Politischer Referent an der OSZE-Mission in Aschabad/Turkmenistan tätig.

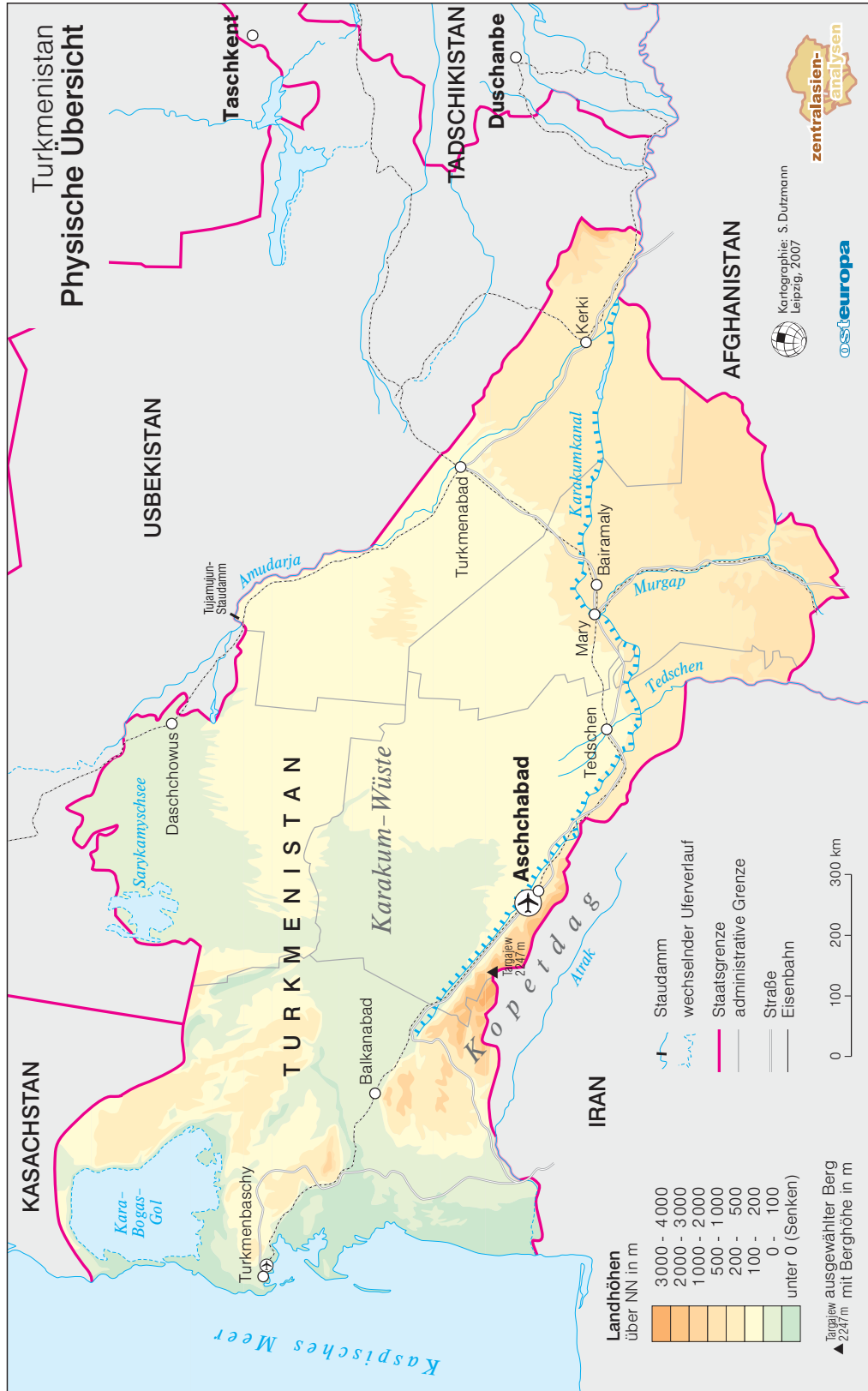
Lesetipps:

- Paul Georg Geiß, Voraussetzungen und Grenzen politischer Reformen in Turkmenistan. Ein sozialwissenschaftlicher Erklärungsansatz zur Politik in Zentralasien in: Osteuropa 50(2000)2, S. 176 – 188.
- Aisha Berdyeva, Turkmenistan: Berdymukhamedov marks first year as president, 11.2.2008; <http://www.eurasianet.org/departments/insight/articles/eav021108.shtml>
- Turkmenistan: Prospect for Change? (CSCE Hearing; 14.November 2008; unofficial transcript) http://csce.gov/index.cfm?FuseAction=ContentRecords.ViewDetail&ContentRecord_id=445&Region_id=0&Issue_id=0&ContentType=H,B&ContentRecordType=H&CFID=8646062&CFTOKEN=68288273

(Englischsprachige) Kommentare zum Ablauf der Parlamentswahlen (Stand 16.12.2008):

- Turkmen Election Reveals Depressingly Familiar Abuses http://www.iwpr.net/?p=btm&s=b&o=348556&apc_state=henh
- Turkmenistan: How many citizens actually voted in parliamentary vote? <http://www.eurasianet.org/departments/insightb/articles/eav121508b.shtml>
- As Officials Tout Success Of Turkmen Elections, Public Apathetic http://www.rferl.org/content/As_Officials_Tout_Success_Of_Turkmen_Elections_Public_Apathetic/1359976.html
- Turkmenistan: CIS observers judge the election free and fair <http://enews.ferghana.ru/news.php?id=895&mode=snews>
- Elections to the Mejlis held in Turkmenistan http://www.turkmenistan.gov.tm/_en/?idr=4&id=081215a
(Offizielle Website der turkmenischen Regierung)

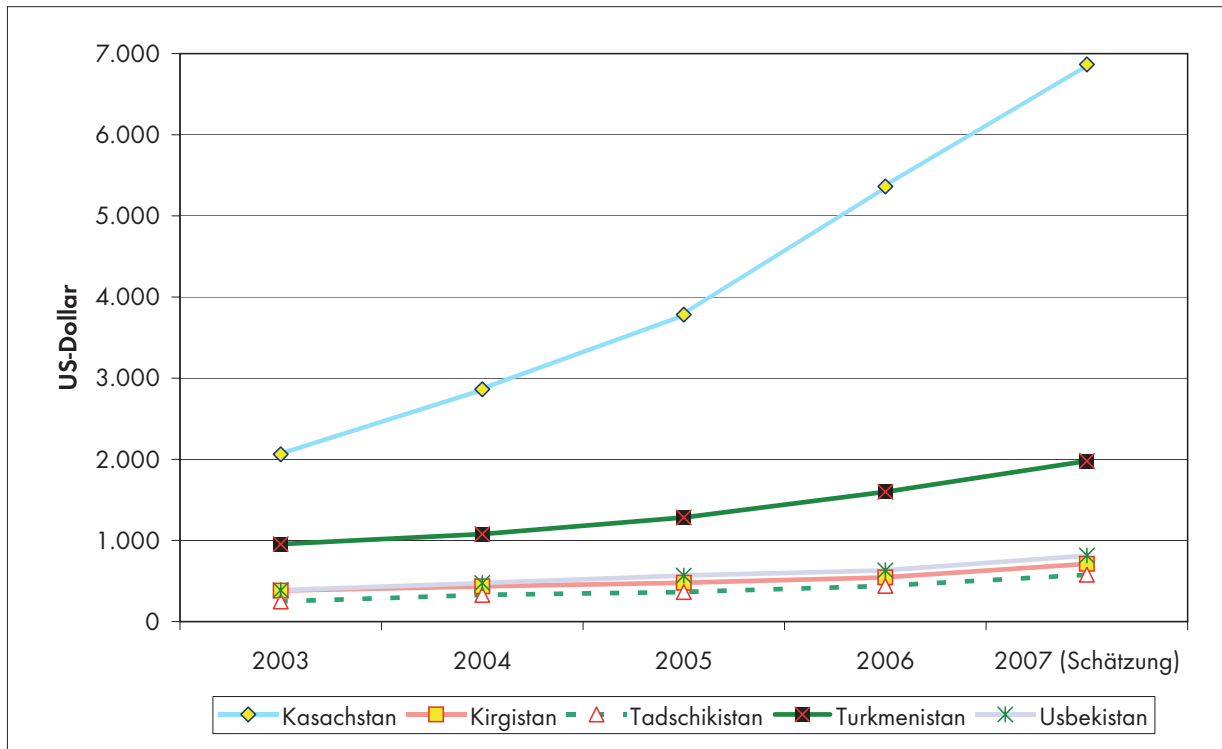
Karte



Statistik

Wirtschaftsindikatoren zentralasiatischer Länder im Vergleich

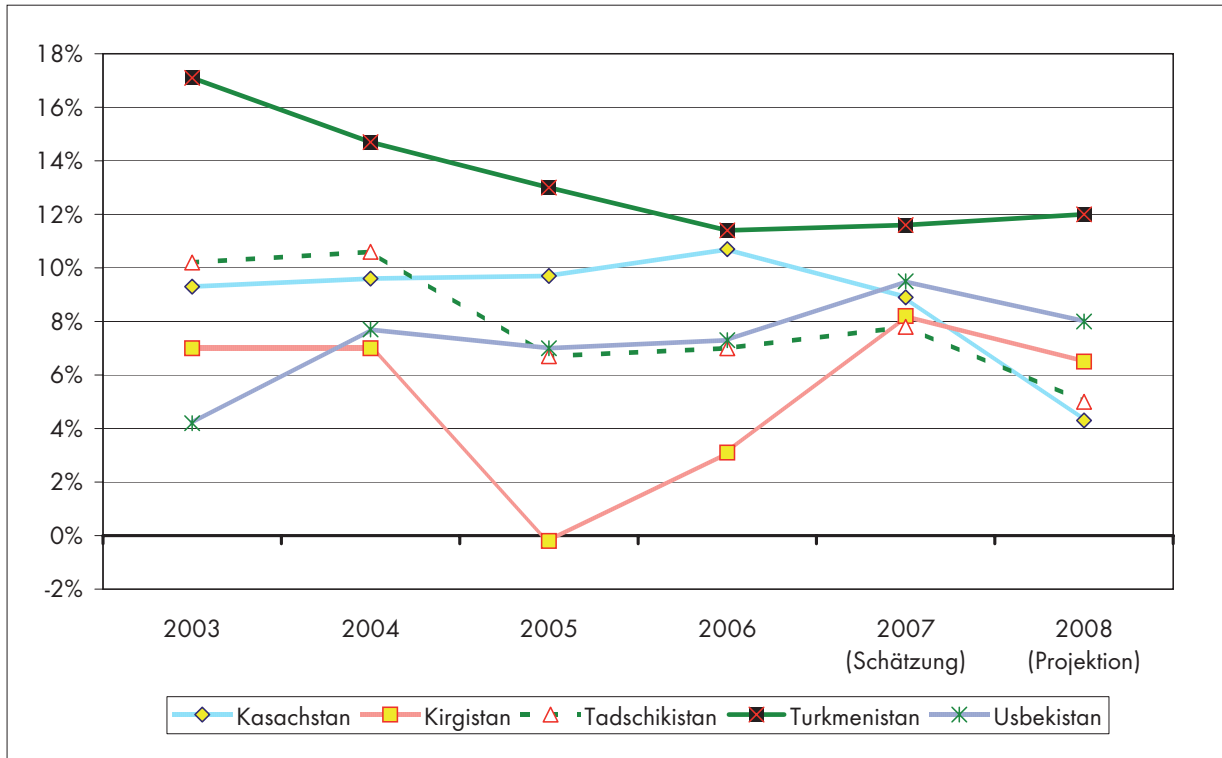
BIP pro Kopf in US-Dollar



	2003	2004	2005	2006	2007 (Schätzung)
Kasachstan	2.062,30	2.862,50	3.783,20	5.362,90	6.867,30
Kirgistan	381,30	434,80	478,70	545,00	712,90
Tadschikistan	248,10	328,50	364,30	440,50	578,30
<i>Turkmenistan</i>	<i>954,90</i>	<i>1.078,10</i>	<i>1.283,00</i>	<i>1.598,60</i>	<i>1.979,50</i>
Usbekistan	386,50	474,40	567,50	630,80	814,80

Quelle: EBRD Transition Report 2008: Growth in Transition; www.ebrd.com/pubs/econo/tr08r.pdf

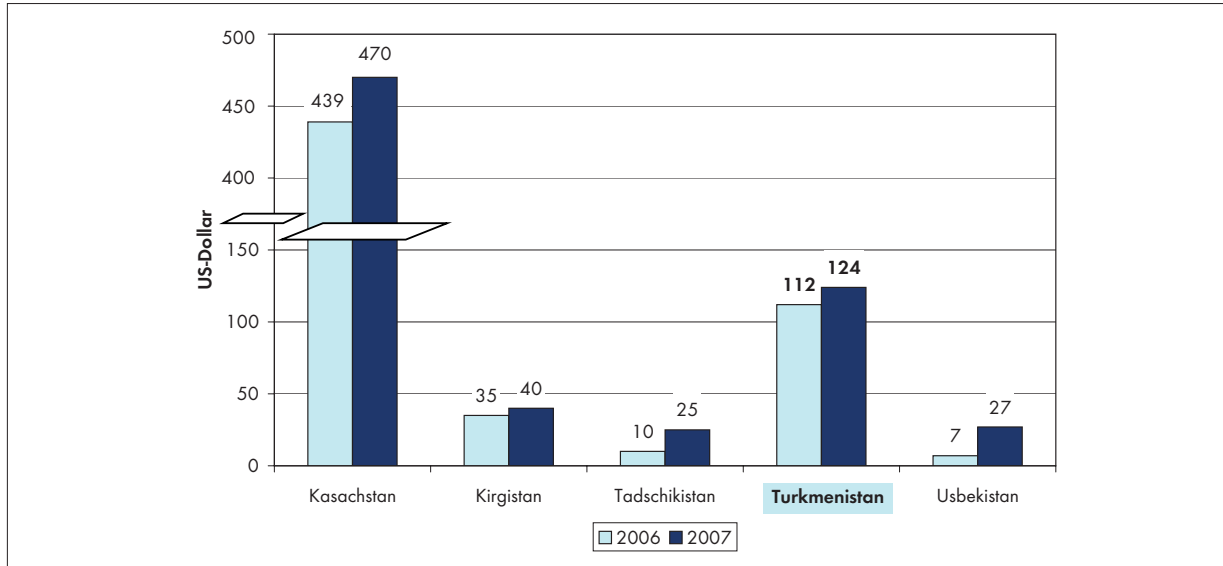
Reales Wachstum des BIP (in %)



	2003	2004	2005	2006	2007 (Schätzung)	2008 (Projektion)
Kasachstan	9,3 %	9,6 %	9,7 %	10,7 %	8,9 %	4,3 %
Kirgistan	7 %	7 %	-0,2 %	3,1 %	8,2 %	6,5 %
Tadschikistan	10,2 %	10,6 %	6,7 %	7 %	7,8 %	5 %
<i>Turkmenistan</i>	<i>17,1 %</i>	<i>14,7 %</i>	<i>13 %</i>	<i>11,4 %</i>	<i>11,6 %</i>	<i>12 %</i>
Usbekistan	4,2 %	7,7 %	7 %	7,3 %	9,5 %	8 %

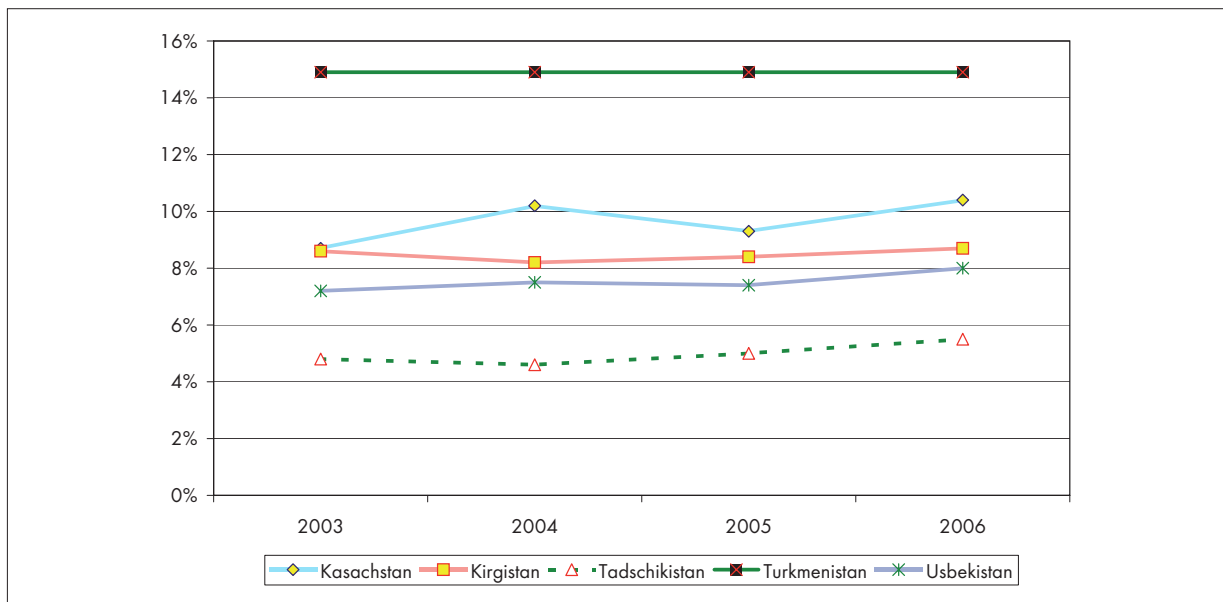
Quelle: EBRD Transition Report 2008: Growth in Transition; www.ebrd.com/pubs/econo/tr08r.pdf

Zufluss ausländischer Direktinvestitionen (Inflow of Foreign Direct Investment (FDI)) pro Kopf in US-Dollar



Quelle: EBRD Transition Report 2008: Growth in Transition; www.ebrd.com/pubs/econo/tr08r.pdf

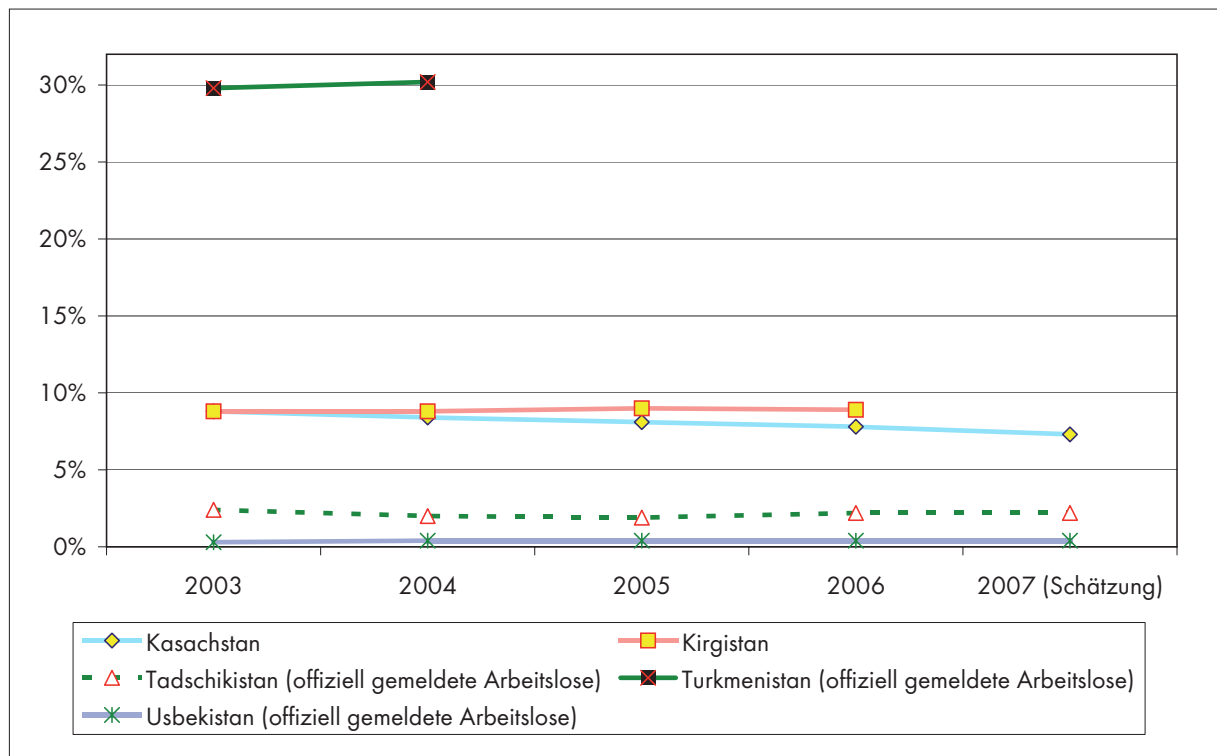
Öffentliche Gesundheitsausgaben als Anteil des BIP (in %)



	2003	2004	2005	2006
Kasachstan	8,7 %	10,2 %	9,3 %	10,4 %
Kirgistan	8,6 %	8,2 %	8,4 %	8,7 %
Tadschikistan	4,8 %	4,6 %	5 %	5,5 %
Turkmenistan	14,9 %	14,9 %	14,9 %	14,9 %
Usbekistan	7,2 %	7,5 %	7,4 %	8 %

WHO Statistical Information System (WHOSIS); www.who.int/whosis/en/index.html

Arbeitslosigkeit (in %)



	2003	2004	2005	2006	2007 (Schätzung)
Kasachstan	8,8 %	8,4 %	8,1%	7,8 %	7,3 %
Kirgistan	8,8 %	8,8 %	9,0 %	8,9 %	k.A.
Tadschikistan (offiziell gemeldete Arbeitslose)	2,4 %	2,0 %	1,9 %	2,2 %	2,2 %
<i>Turkmenistan (offiziell gemeldete Arbeitslose)</i>	<i>29,8 %</i>	<i>30,2 %</i>	<i>k.A.</i>	<i>k.A.</i>	<i>k.A.</i>
Usbekistan (offiziell gemeldete Arbeitslose)	0,3 %	0,4 %	0,4 %	0,4 %	0,4 %

Quelle: EBRD Transition Report 2008: Growth in Transition; www.ebrd.com/pubs/econo/tr08r.pdf

Dokumentation**Kasachstan im Sommer 2008. Ein Stimmungsbild**

Erstellt von: International Republican Institute (www.iri.org) und Baltic Surveys Ltd./The Gallup Organization (www.gallup.com) mit finanzieller Unterstützung von USAID

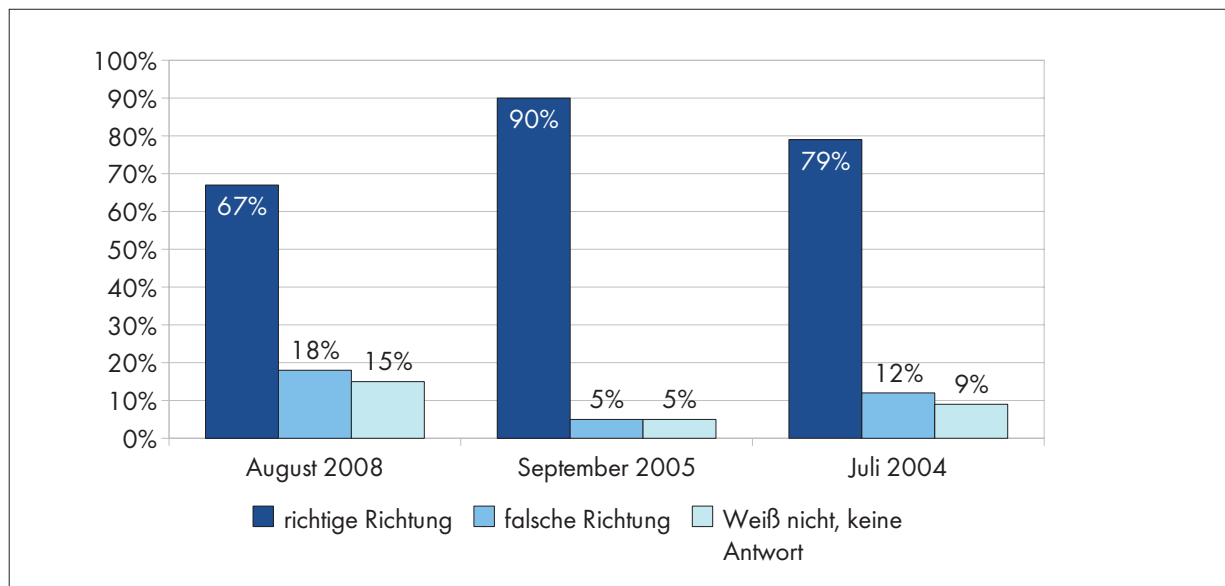
Durchführungszeitraum: 28.7.- 9.8.2008

Internetadresse: www.iri.org/eurasia/kazakhstan/pdfs/2008%20September%20Survey%20of%20Kazakhstan%20Public%20Opinion,%20July%2028-August%209,%202008.pdf

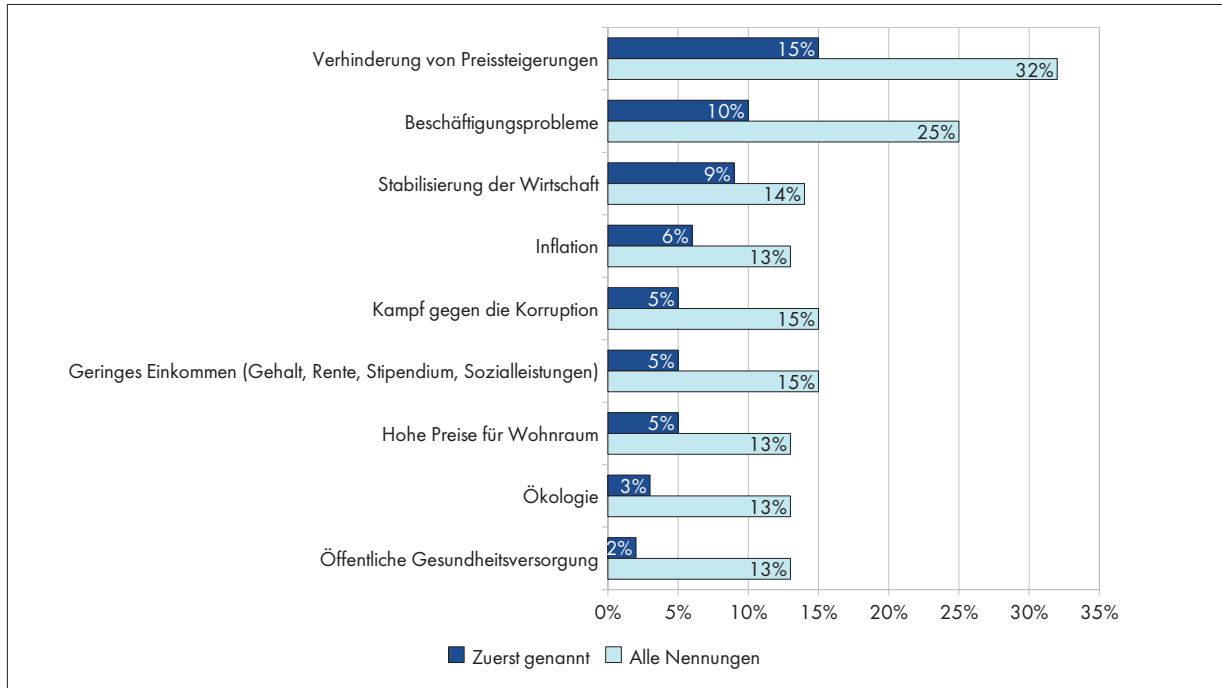
Beschreibung:

Diese landesweite öffentliche Meinungsumfrage war nach 2004 und 2005 die dritte von IRI und Baltic Surveys Ltd./The Gallup Organization in Kasachstan durchgeführte Erhebung. Sie fand 2008 erstmals nicht im Vorfeld von Wahlen, sondern vor dem Hintergrund einer sich bereits abzeichnenden Wirtschaftskrise statt. Es wurden 1.524 Respondenten über 18 Jahren in allen 16 Regionen Kasachstans, sowohl im ländlichen als auch im städtischen Umfeld, befragt. Das Erfassungsspektrum umfasste Einschätzungen der politischen und wirtschaftlichen Situation des Landes (seiner Institutionen, Führungspersonen) durch die Respondenten und fragte zudem nach ihren Informationsquellen und deren Beurteilung einiger aktueller Fragen (Preissteigerungen, Meinungsfreiheit, OSZE-Vorsitz 2010 und Reformwillen der Regierung).

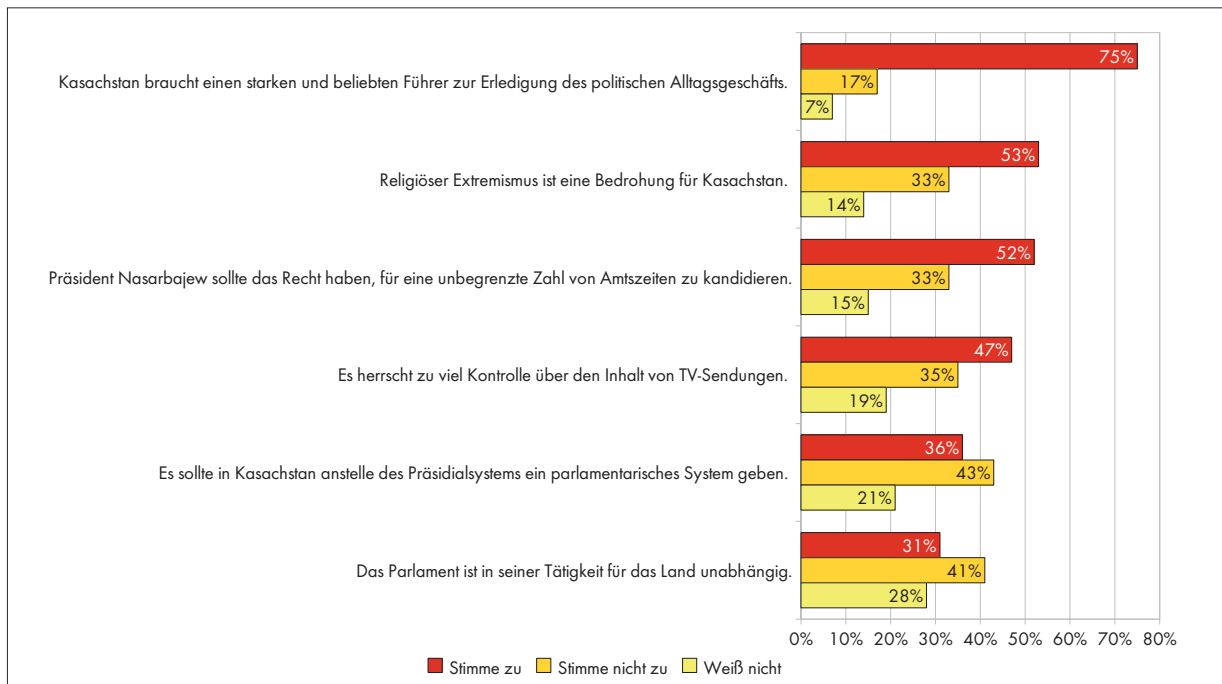
Die hier aufgeführten Übersichten bilden eine Auswahl aus allen Themenkomplexen der Umfrage. Ein Schwerpunkt wurde auf Stimmungen in der Gesellschaft hinsichtlich der aktuellen politischen und ökonomischen Lage gelegt. Die vollständigen Ergebnisse finden Sie auf englisch unter der oben genannten Adresse.

Die Entwicklung in Kasachstan geht grundsätzlich in die ...

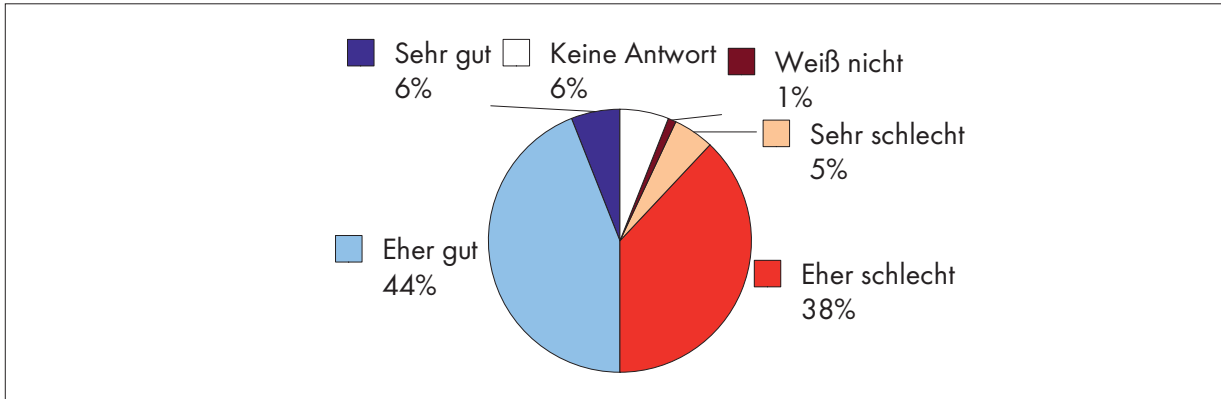
Welches sind nach Ihrer Meinung die wichtigsten aktuellen Probleme Kasachstans?



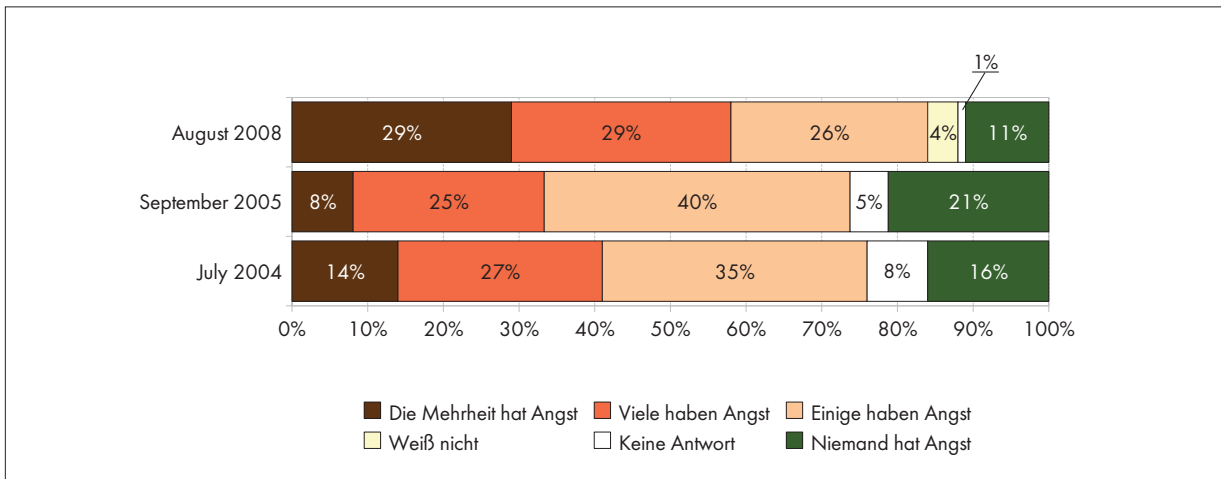
Wie sehr stimmen Sie den folgenden Aussagen zu?



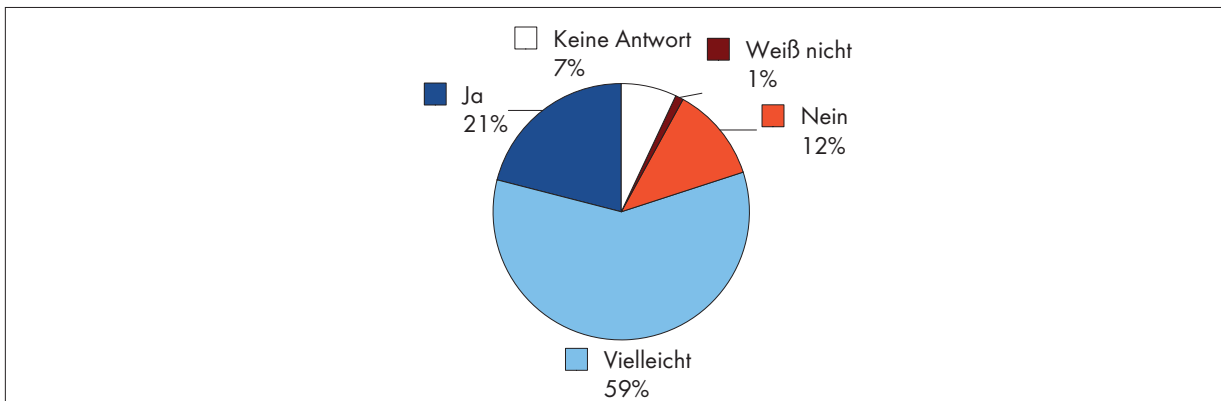
Wie würden Sie die aktuelle wirtschaftliche Situation in Kasachstan beschreiben?



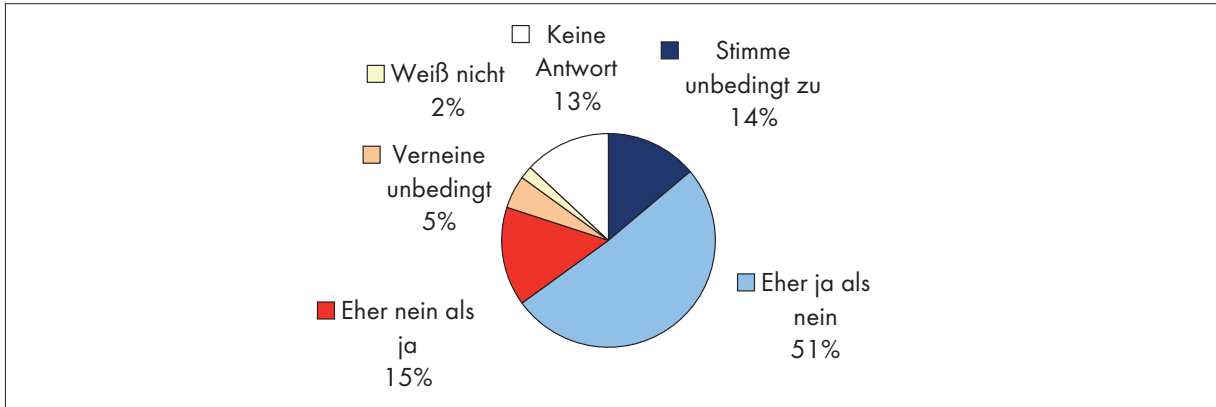
Haben die Menschen in Kasachstan Angst, offen ihre politischen Ansichten auszusprechen?



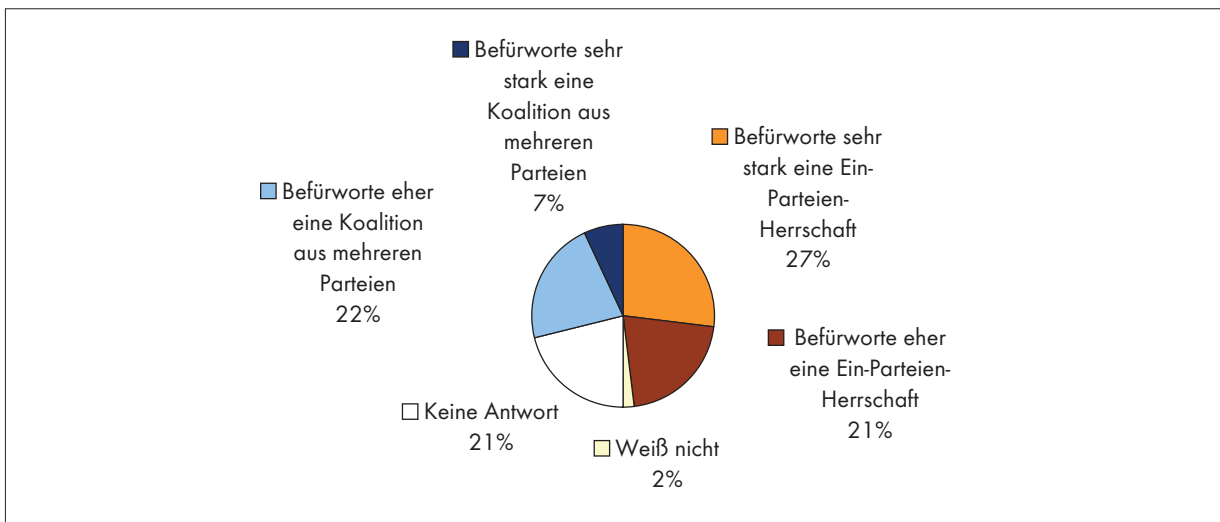
Glauben Sie, dass die Demokratie Ihr Leben verbessern wird?



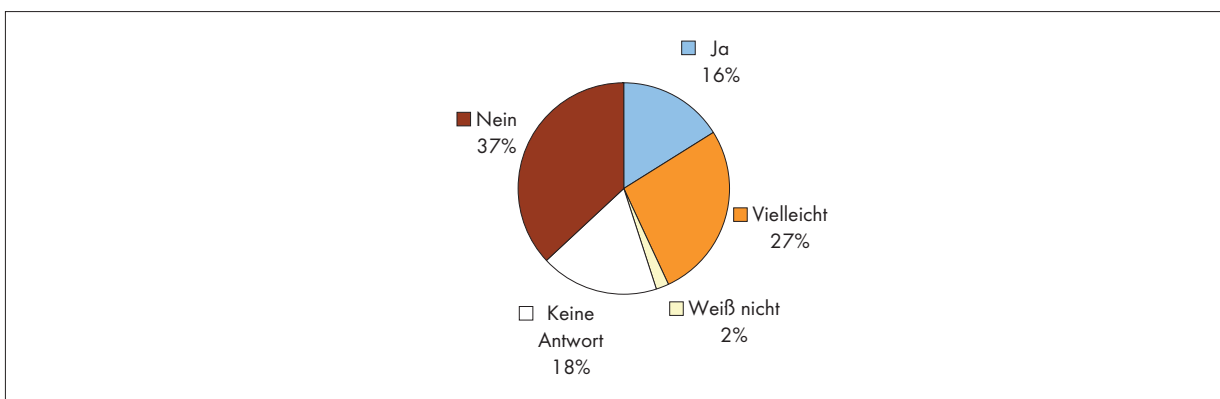
Stimmen Sie der folgenden Aussage zu oder nicht: Kasachstan hat in seiner Transformation zur Demokratie Fortschritte gemacht?



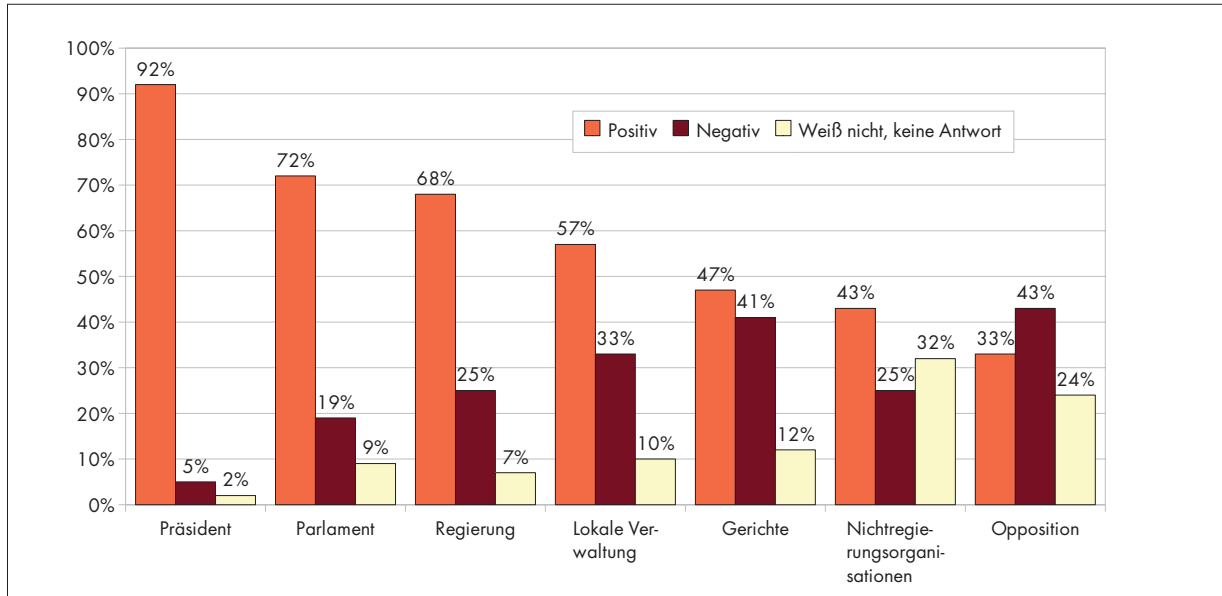
Befürworten Sie prinzipiell eine Ein-Parteien-Herrschaft oder eine Koalition aus mehreren Parteien?



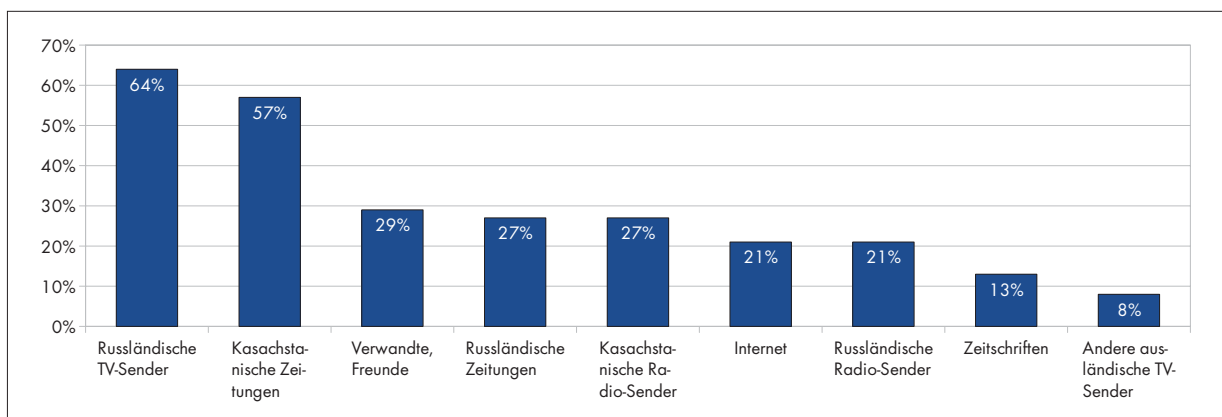
Sollten sich die Oppositionsparteien zu einem großen Oppositionsbündnis zusammenschließen, würden Sie dieses Bündnis unterstützen oder nicht?



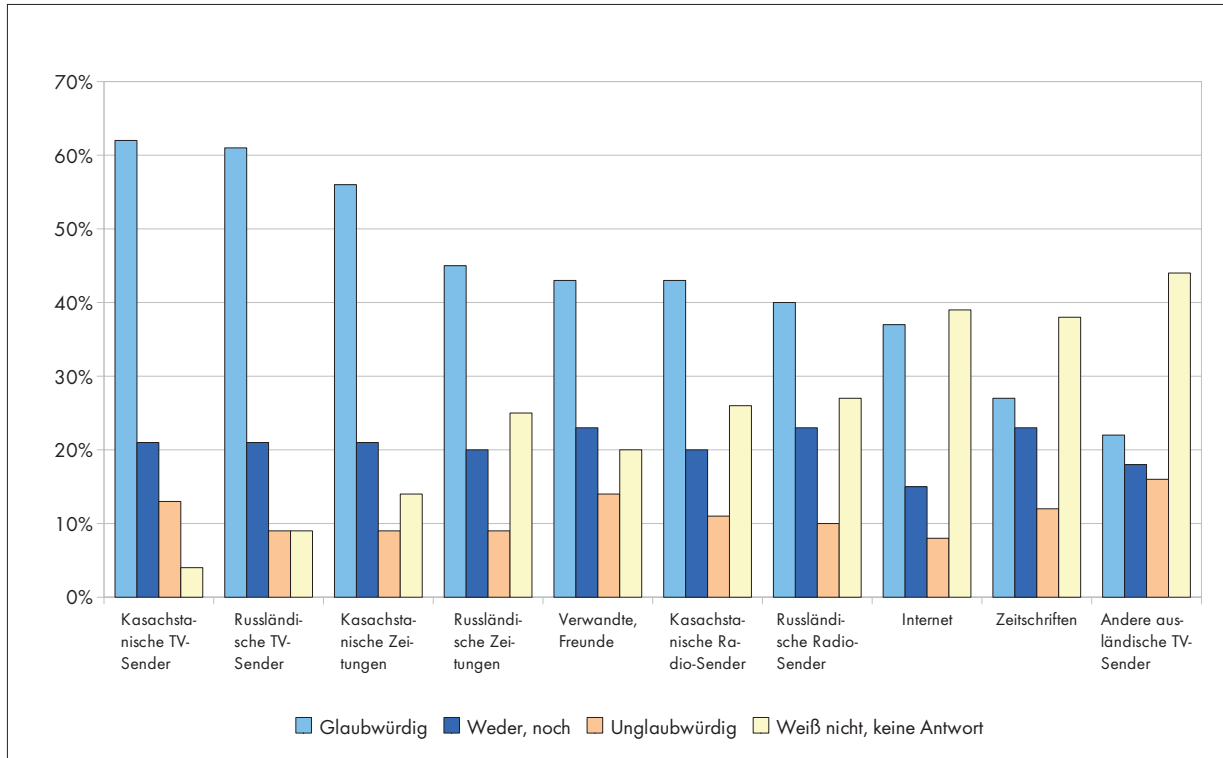
Wie würden Sie die folgenden Institutionen bewerten?



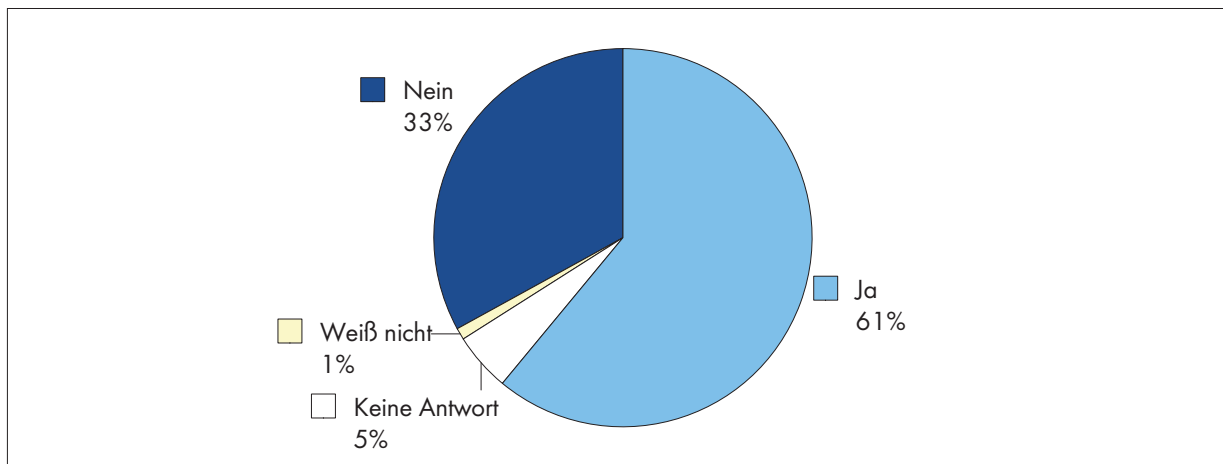
Welches sind Ihre Quellen für politische Informationen?



Wie würden Sie die Glaubwürdigkeit der Informationsquellen einschätzen?



Haben Sie persönlich irgendetwas über Kasachstans erfolgreiche Kandidatur für den OSZE-Vorsitz 2010 gehört oder gelesen?



Auswahl erstellt und übersetzt von Henryk Alff

Chronik
Vom 22. November bis 12. Dezember 2008
Kasachstan

21.11.2008	Präsident Nursultan Nasarbajew trifft in Astana mit Wirtschaftsvertretern zusammen, um die geplanten Maßnahmen des Anti-Krisen-Programms der Regierung zu diskutieren.
21.11.2008	Präsident Nasarbajew fordert alle Ministerien und Behörden zu strikter Sparsamkeit bei nicht prioritären Projekten auf.
21.11.2008	Bildungsminister Schanseit Tujmebajew bestätigt, dass im Medizinischen Institut der Stadt Almaty Vertreter der als Terrororganisation eingestuften Hisb-ut Tahrir ausgebildet wurden.
21.11.2008	Nach Angaben des Fernsehkanals KTK wurden bereits 12 Mrd. Tenge (81,7 Mio. Euro) in die so genannten »elektronische Regierung«, die die staatliche Politik mit Hilfe des Internets transparenter machen soll, investiert. Experten halten die Website für nicht besonders benutzerfreundlich.
24.11.2008	Das Ministerium für Information und Kultur plant, 2009 einen staatlichen Fond für Kinoproduktionen der Sowjetzeit einzurichten.
24.11.2008	Der Sekretär der Kommunistischen Partei Kasachstans, Tölen Tochtasynow, will nicht um Asyl in der Mongolei bitten, sondern nach Kasachstan zurückkehren. Er wird der Beteiligung an der Ermordung eines Geschäftsmannes in der Stadt Pawlodar im Jahr 2001 beschuldigt.
24.11.2008	Premierminister Karim Massimow gibt bekannt, dass der Preis pro Barrel Öl im Budget für das Jahr 2009 auf 40, für die Jahre 2010–11 auf 50 US-Dollar gesenkt wird.
25.11.2008	Nationalbankchef Anwar Saidenow erklärt, dass kasachstanische Geschäftsbanken im Jahr 2009 voraussichtlich 10,6 Mrd. US-Dollar an Auslandsschulden zurückzahlen haben.
26.11.2008	Der stellvertretende Chef der Abteilung für Katastrophenschutz der Stadt Almaty, Sergej Dyrin, moniert, dass in Kasachstan Sicherheitsstandards für Hochhäuser fehlen.
26.11.2008	Das Parlament billigt die umstrittenen Änderungen im Gesetz »Über die Religionsfreiheit und die Gründung religiöser Gruppen«.
27.11.2008	Präsident Nasarbajew erklärt, dass mit dem von der Regierung vorgelegten Maßnahmenpaket im Rahmen des Anti-Krisen-Programmes die Auswirkungen der globalen Krise auf Kasachstan minimiert werden.
27.11.2008	Der Senat ratifiziert bilaterale Verträge zwischen Kasachstan und den USA über Landrechte für amerikanische Kampfflugzeuge auf dem Flughafen Almaty im Krisenfall.
27.11.2008	Das Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte der OSZE (ODIHR) äußert sich besorgt über die Gesetzesänderungen zur Religionsfreiheit in Kasachstan.
28.11.2008	Der Generaldirektor des Konzerns »ArcelorMittal« erklärt bei einem Treffen mit dem Akim des Gebietes Karaganda, dass es im Jahr 2009 keine betriebsbedingten Kündigungen geben werde.
29.11.2008	160 kasachstanische Touristen werden aus Bangkok nach Almaty ausgeflogen.
1.12.2008	Nach Angaben des Gesundheitsministeriums waren am 1. November 908 mit HIV infizierte schwangere Frauen registriert. Insgesamt lag die offizielle Zahl der landesweit mit dem Virus infizierten Personen bei 11.369.
1.12.2008	Die Organisation Human Rights Watch beklagt in einem Report Defizite im Bereich Religions-, Versammlungs- und Meinungsfreiheit und wirft der Regierung Versäumnisse bei der Einführung von OSZE-Standards vor.
2.12.2008	Gegen die ehemalige Führungsspitze des Kasachstanischen Instituts für Öl und Gas wird wegen Veruntreuung von Haushaltsgeldern in Höhe von 2,4 Mrd. Tenge (16,4 Mio. Euro) Anklage erhoben.
2.12.2008	Nach Angaben von Premierminister Massimow gibt es keinen festen Zeitpunkt für Kasachstans WTO-Beitritt. »Wir treten dann bei, wenn es unerlässlich ist. Doch zu Bedingungen, die für uns günstig sind«, so Massimow.
2.12.2008	Der 8.12. wird aus Anlass des Opferfestes, Kurban-ait, zum staatlichen Feiertag erklärt.

3.12.2008	Präsident Nasarbajew erhält die erstmalig verliehene staatliche Auszeichnung »Kazakstan Enbek Jeri« (»Held der Arbeit Kasachstans«).
3.12.2008	Im Gebiet Akmolinsk wird eine Gruppe Wilderer festgenommen, darunter ein Mitarbeiter der Kanzlei von Premierminister Massimow.
4.12.2008	Tasbaj Simambajew, Mitglied des Senats, fordert eine Erhöhung der Pension für Abgeordnete im Rentenalter. Derzeit beträgt diese 25.000 Tenge (170 Euro) monatlich.
4.12.2008	Gesundheitsminister Schaksylyk Doskalijew gibt bekannt, dass Kasachstan eine der weltweit höchsten Raten bei TBC-Erkrankungen zu verzeichnen hat, und kündigt Gegenmaßnahmen an.
4.12.2008	Außenminister Marat Taschin fordert beim Außenministertreffen der OSZE-Staaten in Helsinki eine Anpassung der Organisation an gegenwärtige Bedingungen und die Abschaffung von Doppelstandards gegenüber ihren Mitgliedsstaaten.
5.12.2008	Die Druckerei der oppositionellen Zeitung »Alma-Ata info« wird von Mitarbeitern der Gerichtsverwaltung durchsucht. »Alma-Ata info« war geschlossen worden, nachdem am 21.11. in dem Beitrag »Wer führt unser Land: Präsident oder Geheimdienst?« angeblich geheimes Material zitiert wurde.
5.12.2008	Präsident Nasarbajew weist die Regierung an, eine Kommission für die Zusammenarbeit mit ausländischen Investoren im Rohstoffsektor einzurichten, die für einen mindestens 50 %igen kasachstanischen Anteil bei gemeinsamen Projekten sorgen soll.
8.12.2008	In seiner Rede anlässlich des Feiertags Kurban-ait ruft Präsident Nasarbajew zur Einheit des Volkes auf und versichert, dass Sozialleistungen des Staates nicht gekürzt werden.
9.12.2008	Der Menschenrechtler Jewgenij Schowtis kritisiert, dass Kasachstan seine Verpflichtungen zur Abschaffung der Folter trotz Ratifizierung entsprechender UN-Konventionen nicht einhalte.
9.12.2008	Der älteste Enkel Präsident Nasarbajews und Sohn Rachat Alijews, Nurali Alijew, wird zum Vize-Präsidenten der Entwicklungsbank Kasachstans ernannt. Die Zeitung »Respublika« sieht darin den ersten Schritt des gerade 23-jährigen in das Zentrum der kasachstanischen Politik.
10.12.2008	Nationalbankchef Anwar Saidenow ist davon überzeugt, dass es aufgrund der Wirtschaftskrise keine massiven Wechselkurschwankungen des Tenge in Beziehung zum US-Dollar geben wird.
10.12.2008	Abgeordnete des Parlaments äußern die Befürchtung, dass auch der zweite kasachstanische Satellit KazSat-2 nach dem geplanten Einsatzbeginn Ende 2009 nicht vor technischen Schwierigkeiten gefeit sei. Die Verbindung zu KazSat-1 war am 25./26.11.2008 abgerissen.
10.12.2008	Premierminister Massimow verringert den dem dreijährigen Budget für die Jahre 2009–2011 zu Grunde liegenden Preis pro Barrel Öl nochmals auf 25 US-Dollar.
11.12.2008	Serik Abdrachmanow, stellvertretender Vorsitzender der Oppositionspartei »Adilet« fordert, dass neben Vertretern der Präsidentenpartei »Nur-Otan« auch Vertreter anderer Parteien in die Zentrale Wahlkommission aufgenommen werden.
11.12.2008	Verschiedene NGOs und Menschenrechtler kritisieren die Änderungen in der Wahlgesetzgebung als den gegenüber der OSZE übernommenen Verpflichtungen widersprechend.
11.12.2008	Das neue Programm zum Migrationsmanagement »Nurly Kösch« (dt. Helle Migration) tritt in Kraft. Es sieht eine kompakte Ansiedlung von Migranten in Regionen mit hohem und mittlerem wirtschaftlichen Potential vor.
12.12.2008	Wie Premierminister Massimow in einem Live-Interview mit »Echo Moskwy« mitteilt, planen Russland und Kasachstan bereits zum 1. April 2009 die Einführung einer Zollunion.

Kirgistan

24.11.2008	Nach den Worten des stellvertretenden Innenministers Dmitrij Fedorow ist zwar nicht der usbekische Geheimdienst in die Ermordung des Journalisten Alischer Saipow involviert, dafür aber der Sohn eines hochrangigen Beamten. Saipow war am 27.10.2007 in Osch umgebracht worden.
------------	---

24.11.2008	Präsident Kurmanbek Bakijew benennt vier Prioritäten der Wirtschaftspolitik: 1. bessere Regelungen zum Schutz des Eigentums, 2. Vereinfachung der Regeln für wirtschaftliche Tätigkeit (Entbürokratisierung), 3. Verbesserung der wirtschaftlichen Infrastruktur, 4. finanzielle Unterstützung der Wirtschaft durch den Staat.
24.11.2008	Da die Regierung zu langsam auf die Herausforderungen der gegenwärtigen Wirtschaftskrise reagiere, solle als neue, schlagkräftigere Institution ein Präsidium der Regierung gebildet werden, schlägt Präsident Bakijew vor.
24.11.2008	Premierminister Igor Tschudinow schätzt den Umfang der Schattenwirtschaft auf 60 Mrd. Som (1,16 Mrd. Euro) jährlich, was ungefähr der Hälfte des Staatsbudgets entspricht.
24.11.2008	Die ADB gewährt einen Kredit in Höhe von 15,4 Mio. US-Dollar zur Verbesserung der Geschäftsbedingungen.
25.11.2008	Präsident Bakijew entlässt Saparbek Balkibekow als Energieminister und bestimmt Iljas Dawidow zu seinem Nachfolger.
26.11.2008	Die »Bewegung gegen Korruption« beginnt eine Unterschriftensammlung für die Absetzung des Präsidenten.
26.11.2008	Ein Oppositionspolitiker macht Pläne der Regierung bekannt, strategisch wichtige Staatsunternehmen wie die Eisenbahn, die nationale Fluggesellschaft, die staatliche Bergbaugesellschaft »Kyrgyzaltyn« u. a. zu verkaufen.
26.11.2008	Nach Erhebungen des Kinderschutzzentrums arbeiten 20 % der kirgisischen Kinder 8–12 Stunden pro Tag.
26.11.2008	Das Justizministerium verweigert einer neuen Zeitung, die von einer Untergruppierung der oppositionellen Partei »Ata-Meken« geplant war, die notwendige Registrierung.
26.11.2008	Das World Food Programme (WFP) startet sein Winternotfall-Programm für besonders Bedürftige.
26.11.2008	Nach den Berechnungen des Vorsitzenden des Sozialfonds sind die Renten 2008 nicht um die geplanten 10 %, sondern real um knapp 30 % gestiegen.
29.11.2008	Premierminister Tschudinow empfängt in Bischkek den türkischen Außenminister Ali Babacan zu Gesprächen vor allem über wirtschaftliche Fragen.
29.11.2008	Das oppositionelle »Öffentliche Parlament« tagt im russischen Theater von Bischkek.
1.12.2008	Präsident Bakijew erklärt bei einem Treffen mit einem Vertreter der Nationalen Agentur zur Prävention von Korruption, dass es gelungen sei, den Ämterkauf in den Griff zu bekommen.
1.12.2008	Aus dem Gebiet Osch wird wieder ein Erdbeben gemeldet. Das Epizentrum befand sich nur 5 km von dem Dorf Nura entfernt, das im November durch Erdbeben weitgehend zerstört worden war.
2.12.2008	Präsident Bakijew unterzeichnet das Dekret über die zivilgesellschaftliche Kammer, die in Zukunft die Tätigkeit der NGOs kontrollieren soll.
2.12.2008	Usen Sydykow tritt von seinem Posten als Berater des Präsidenten zurück.
2.12.2008	Finanzministerin Taschikan Kalimbetowa gibt bekannt, dass die Gehälter der Staatsangestellten ab 1.1.2009 um 1,8 % steigen werden.
3.12.2008	Ungefähr 200 Mitarbeiter der nationalen Radio- und Fernsehgesellschaft und Vertreter von Kulturorganisationen fordern bei einer Demonstration die Absetzung des Chefs des Senders Melis Eschimkanow.
4.12.2008	USAID feiert in der Oper von Bischkek den 15. Jahrestag seiner Partnerschaft mit Kirgistan.
4.12.2008	Die neue islamische Bewegung »Taza Din« (Reiner Glaube) fordert den Abzug der amerikanischen Truppen vom Manas-Flughafen.
4.12.2008	NTRK, die staatliche TV- und Radiogesellschaft, hat die Übertragung von BBC und Liberty/Radio Free Europe eingestellt.
8.12.2008	Außenminister Ednan Karabajew trifft am ersten Tag seines Staatsbesuches im Iran mit seinem Amtskollegen Manuschehr Mottaki zusammen.
10.12.2008	Der Chef der Grenztruppen gibt bekannt, dass im Gebiet Dschalalabad an der usbekischen Grenze ein neues Büro eröffnet und 6 neue Grenzposten eingerichtet werden.

10.12.2008	Der Vorsitzende der oppositionellen Partei »Ata-Meken«, Omurbek Tekebajew, reist zusammen mit mehreren anderen Vertretern der Opposition für 14 Tage in die USA, u. a. zu Vorträgen bei der Carnegie-Stiftung.
10.12.2008	Der IWF bewilligt 100 Mio. US-Dollar als Notfall-Hilfe, die das Land bei steigenden Preisen oder nach Erdbeben stabilisieren sollen.
11.12.2008	Nach Angaben des zuständigen Unternehmens wird die Wärmeversorgung von Osch und Bischkek aufgrund zu erwartender Preissteigerungen bei usbekischem Gas ab 1.1.2009 auf Heizöl (Masut) umgestellt.
12.12.2008	Der russische Premierminister Wladimir Putin teilt während des EurasEC-Treffens in Moskau mit, dass Russland plant, einen 200 Mrd. US-Dollar Kredit zur Unterstützung der kirgisischen Wirtschaft noch vor Ende des Jahres aufzustocken.

Tadschikistan

22.11.2008	Asia-Plus meldet unter Berufung auf tadschikische und internationale Quellen, dass die Rücküberweisungen tadschikischer Arbeitsmigranten in Russland 17 % des BIP ausmachen. (Andere Quellen sprechen von 30 bis sogar über 60 %) Insgesamt sollen ca. 700.000 Tadschiken im Ausland tätig sein.
24.11.2008	Präsident Emomali Rachmon empfängt Norbert Jousten, den neuen Chef der Delegation der Europäischen Kommission in Tadschikistan.
25.11.2008	Aus dem Distrikt Wachschi wird der Ausbruch von Typhus gemeldet.
26.11.2008	Der türkische Außenminister Ali Babacan trifft zu Gesprächen mit seinem Amtskollegen Hamrochon Zarifi und Präsident Rachmon in Duschanbe ein.
27.11.2008	Präsident Rachmon beginnt seinen Staatsbesuch im Iran mit einem Gespräch mit Präsident Mahmud Ahmadinedschad. Erörtert wird die Verbesserung der ökonomischen Zusammenarbeit, z. B. der weitere Ausbau des Kraftwerkes Sangtuda-2.
27.11.2008	Die EBRD sagt in einem Bericht zur Transition Tadschikistans für 2009 ein BIP-Wachstum von 6 % voraus.
27.11.2008	Die usbekische Seite hat die gemeinsame Grenze beider Staaten ohne Ankündigung und Angabe von Gründen geschlossen.
28.11.2008	Die Schweiz stellt für die 2. Phase des Chudschand-Wasserversorgungsprojektes 4,3 Mio. Euro zur Verfügung.
29.11.2008	Präsident Rachmon trifft in Doha, Katar, ein, um an der Nachfolgetagung der Konferenz »Finance for Development« teilzunehmen. In seiner Rede bittet er die Weltgemeinschaft um Hilfe für sein Land bei der Bewältigung der Finanzkrise.
30.11.2008	Präsident Rachmon trifft in der jemenitischen Hauptstadt Sanaa ein.
2.12.2008	Die Verbraucherpreise sind nach Angaben des staatlichen Komitees für Statistik in den ersten 10 Monaten des Jahres um 113,1 % gestiegen. Dies ist eine der höchsten Steigerungsraten im GUS-Raum.
3.12.2008	Präsident Rachmon begibt sich auf einen Staatsbesuch in die Ukraine, wo er mit seinem Amtskollegen Viktor Juschtschenko zusammentrifft.
3.12.2008	Der Norden des Landes wird von einem Erdbeben der Stärke 6 erschüttert.
3.12.2008	90 Tadschiken werden während ihrer Hadsch wegen gefälschter Visa aus Dscheddah deportiert.
4.12.2008	Während des Staatsbesuches von Präsident Rahmon in der Ukraine werden eine Reihe von Abkommen, u. a. über Zusammenarbeit beider Länder in den Bereichen Wirtschaft, Tourismus und Kultur, unterzeichnet.
4.12.2008	Die Europäische Kommission stellt 14 Mio. Euro bereit, mit denen Maßnahmen im Sozialsektor finanziert werden sollen.
5.12.2008	Das russische Verteidigungsministerium übergibt der tadschikischen Luftwaffe ein hochmodernes Petschora-2M Luftabwehrraketen-System zur Kontrolle des tadschikischen Luftraums.

6.12.2008	Seit dem frühen Morgen hat Usbekistan seine Grenze zu Tadschikistan wieder geöffnet.
9.12.2008	Präsident Rachmon führt ein Telefongespräch mit dem afghanischen Präsidenten Karzai über Probleme der bilateralen Zusammenarbeit.
11.12.2008	Wie Interfax unter Berufung auf das Landwirtschaftsministerium meldet, wurde in diesem Jahr die niedrigste Baumwollernte seit 1991 eingefahren.
12.12.2008	Das Außenministerium drückt anlässlich der grausamen Ermordung eines tadschikischen Arbeitsmigranten im Gebiet Moskau in einer Note seinen Protest aus. Seit Beginn des Jahres wurden auf dem Gebiet der RF bereits mehr als 80 tadschikische Staatsbürger Opfer überwiegend fremdenfeindlicher Gewalt.
12.12.2008	Aus dem Landwirtschaftsministerium wird bekannt, dass landesweit nur 85 % der üblichen Winterausaat ausgebracht werden konnte, im Gebiet Sogd sogar nur 44 %.
12.12.2008	Trotz der globalen Finanzkrise hält Tadschikistan an seinen Plänen für den Ausbau des Wasserkraftwerkes Rogun fest, verlautet aus dem Ministerium für wirtschaftliche Entwicklung und Handel.

Turkmenistan

24.11.2008	Wera Schukowa-Sasnowa, Vertreterin des Büros für die Kooperation mit den Ländern Zentralasiens der Europäischen Kommission, trifft zu Gesprächen in Aschchabad ein.
25.11.2008	Eine Delegation der GUS trifft zur Beobachtung der Parlamentswahl am 14.12. ein.
26.11.2008	Auf der Website gundogar.org erinnert die Republikanische Partei (im Exil) an die Ereignisse vom 25.11.2002. Demnach habe ein vorgetäuschter Attentatsversuch auf den inzwischen verstorbenen Präsidenten Nijasow damals den Vorwand für die Bekämpfung der Opposition geliefert.
28.11.2008	Der aserbajdschanische Präsident Alijew trifft zu einem offiziellen Besuch in Aschchabad ein. Thema der Gespräche ist insbesondere die Zusammenarbeit im Energiesektor.
29.11.2008	Bei Dreiergesprächen in der Stadt Turkmenbaschi erörtern die Präsidenten Berdymuchammedow, Alijew (Aserbajdschan) und Gül (Türkei) Fragen des Transports von Öl und Gas.
3.12.2008	Wie RIA Nowosti mitteilt, finden in Aschchabad drei Foren zur Wassernutzung in Zentralasien statt. Ziel der Veranstaltungen sei es, in Zusammenarbeit mit der EU eine regionale Strategie zur rationalen Wassernutzung auszuarbeiten.
4.12.2008	Der EU-Sondergesandte für Zentralasien, Pierre Morel, trifft zu Gesprächen in Aschchabad ein.
8.12.2008	Unter den im Rahmen der Amnestie vor dem »Tag der Neutralität« begnadigten 390 Inhaftierten befindet sich auch der Menschenrechtler Walerij Pal. Pal war im Februar festgenommen und am 14.5. wegen Diebstahls zu 12 Jahren Lagerhaft verurteilt worden.
9.12.2008	Die Parlamentsvorsitzende Akdscha Nurberdyjewa schlägt vor, die Nennungen des Turkmenbaschi in der Nationalhymne des Landes zu streichen. Wie BBC mitteilt, ist Präsident Berdymuchammedow mit diesem Vorschlag einverstanden.
9.12.2008	Eine OSZE/ODIHR-Mission trifft zur Beobachtung der bevorstehenden Parlamentswahlen in Aschchabad ein.
11.12.2008	In Aschchabad erscheint der erste Band ausgewählter Schriften Präsident Berdymuchammedows mit dem Titel »Zu neuen Höhen des Fortschritts«.

Usbekistan

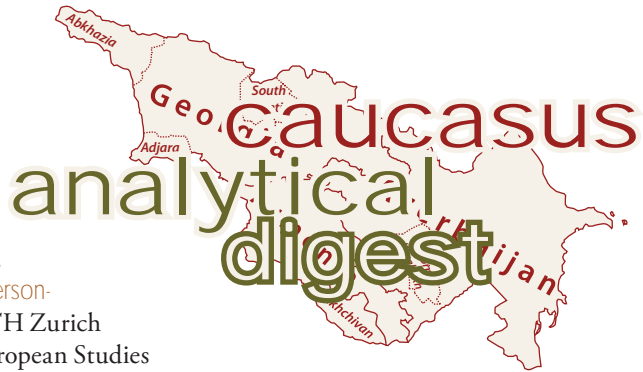
22.11.2008	Die Familie des inhaftierten Regimekritikers Mamadali Machmudow wird am frühen Morgen zwangsweise zu Verhören zur örtlichen Polizei gebracht.
25.11.2008	Der Entwurf einer Resolution des Rates der EurasEC fordert von Usbekistan die Begleichung seiner Mitgliedsschulden von 31,9 Mio. Rubel (ca. 861.300 Euro) vor dem Verlassen der Gemeinschaft.
25.11.2008	Eine Delegation beider Kammern des Parlamentes und des usbekischen Frauenkomitees besucht Südkorea zum Erfahrungsaustausch über Gleichberechtigung und Förderung von Frauen.

25.11.2008	Die Zeitung Narodnoje Slowo meldet, dass nach Angaben des russischen Botschafters 40 % der ausländischen Direktinvestitionen in Usbekistan aus Russland kommen.
25.11.2008	Auch nach dem offiziellen Ende der Baumwollernte am 15.11. weigert sich das Landwirtschaftsministerium, Zahlen zur diesjährigen Ernte bekanntzugeben.
27.11.2008	GM-Usbekistan startet die Produktion des Chevrolet Lacetti.
28.11.2008	In der Zeitung Mohiyat erscheint ein Artikel, der eine strengere Regulierung des Internets fordert.
2.12.2008	Präsident Karimow unterzeichnet ein Dekret zum Schutz Usbekistans vor den Folgen der globalen Finanzkrise.
1.12.2008	Pierre Morel, der EU-Sonderbeauftragte für Zentralasien, trifft zu Gesprächen über die Weiterentwicklung der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen, u. a. mit Präsident Karimow, in Taschkent ein.
1.12.2008	Durch einen Beschluss Präsident Karimows wird der 8.12.2008 als Tag des heiligen Id Al-Adha zum arbeitsfreien Tag erklärt. Der 8.12. ist zugleich der Tag der Verfassung.
3.12.2008	Das staatliche Kunstinstitut und die Potsdamer Hochschule für Film und Fernsehen Konrad Wolf unterzeichnen ein Kooperationsabkommen.
3.12.2008	Die russische Nachrichtenagentur Regnum meldet, dass durch Dekret von Präsident Karimow beim Finanzministerium eine spezielle Abteilung zur Registrierung und Kontrolle von humanitärer und technischer Hilfe eingerichtet wurde.
3.12.2008	Die Polizei hindert drei usbekische Menschenrechtler am Betreten der US-Botschaft. Sie waren zu einem Gespräch dorthin eingeladen worden.
4.12.2008	Durch ein Dekret von Präsident Karimow wird in der Region Nawoi eine Freihandelszone eingerichtet, in der vor allem High-Tech-Produkte hergestellt werden sollen.
4.12.2008	Die staatliche Energiegesellschaft hat mit dem Bau einer Hochspannungsleitung begonnen, über die Usbekistan Afghanistan mit Strom versorgen will.
5.12.2008	In einer Rede anlässlich des 16. Jahrestages der Verfassung erklärt Präsident Karimow, dass sein Land durch die Wirtschaftspolitik der Regierung vor der weltweiten Finanzkrise geschützt sei.
5.12.2008	Präsident Karimow erklärt 2009 zum Jahr von Entwicklung und Wohlergehen des Dorfes.
9.12.2008	Die französische Staatssekretärin für Menschenrechte, Rama Yade, und der deutsche Staatsminister im Auswärtigen Amt, Gernot Erler, senden einen Brief an den usbekischen Außenminister, in dem sie die Akkreditierung des Vertreters von Human Rights Watch (HRW) in Usbekistan, die Voraussetzung für eine Tätigkeit der Organisation im Land ist, fordern.
9.12.2008	Ein Kiewer Distrikt-Gericht hat die Abschiebung des usbekischen Staatsbürgers Abdumalik Bakajew verboten. Bakajew war auf usbekisches Ersuchen festgenommen worden und hatte daraufhin den Flüchtlingsstatus beantragt.
10.12.2008	Die staatliche Fluglinie gibt eine Preissenkung für Flüge nach Westeuropa bekannt.
10.12.2008	Der bekannten Menschenrechtlerin Mutabar Todschibajewa wird in Paris ein Menschenrechtspreis der französischen Regierung verliehen.
12.12.2008	Ein Gericht in der Autonomen Republik Karakalpakstan lehnt eine Milderung der Strafe des Menschenrechtlers Aksam Tugunow ab. Er war am 23.10.2008 zu 10 Jahren Haft verurteilt worden.
12.12.2008	Die Premierminister der Eurastat beschließen auf ihrem Treffen in Moskau, Usbekistan aus der Mitgliedschaft zu entlassen.
12.12.2008	Nach einem Urteil des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte hat Russland im Fall des Usbeken Rustam Mominow, der in sein Heimatland abgeschoben wurde, in mehreren Punkten gegen die Europäische Menschenrechtskonvention verstoßen.

Lesehinweis

Caucasus Analytical Digest

We are pleased to announce a new online publication: The Caucasus Analytical Digest (CAD). CAD is a monthly internet publication jointly produced by the Heinrich Böll Foundation in Tbilisi (www.boell.ge), the Research Centre for East European Studies at the University of Bremen (www.forschungsstelle.uni-bremen.de), the Jefferson Institute in Washington, DC (www.jefferson-inst.org) and the Center for Security Studies (CSS) at ETH Zurich with support from the German Association for East European Studies (DGO). The Caucasus Analytical Digest analyzes the political, economic, and social situation in the Southern Caucasus within the context of international and security dimensions. Subscription is for free.



You are welcome to subscribe to the CAD mailing list at www.res.ethz.ch/analysis/cad

Die Zentralasien-Analysen werden gemeinsam von der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde und der Forschungsstelle Osteuropa herausgegeben. Die Herausgeber danken dem Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft für die Finanzierung der Zentralasien-Analysen und der GTZ für eine großzügige Unterstützung.

Die Meinungen, die in den Zentralasien-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder. Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion: Beate Eschment

Redaktionsassistentz: Henryk Alff

Technische Redaktion: Matthias Neumann

Zentralasien-Analysen-Layout: Matthias Neumann, nach einem Konzept von Cengiz Kibaroglu, mit einer Grafik von Sebastian Klüsener

ISSN 1866-2110 © 2008 by Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V. und Forschungsstelle Osteuropa, Bremen
Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V. • Schaperstraße 30 • 10719 Berlin • Telefon: +49 30 214 784 12 • Telefax: +49 30 214 784 14
e-mail: Zentralasien-Analysen@dgo-online.org • Internet-Adresse: www.laender-analysen.de/zentralasien

Lesehinweis

Kostenlose E-Mail-Dienste unter www.laender-analysen.de

Caucasus Analytical Digest

Der Caucasus Analytical Digest bietet einmal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/cad/>

Polen-Analysen

Die Polen-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Russlandanalysen

Die Russlandanalysen bieten vierzehntägig eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Wochenchronik aktueller politischer Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Russian Analytical Digest

Der Russian Analytical Digest bietet zweimal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/>

kultura. Russland-Kulturanalysen

Die Russland-Kulturanalysen diskutieren in kurzen, wissenschaftlich fundierten, doch publizistisch-aufbereiteten Beiträgen signifikante Entwicklungen der Kultursphäre Russlands. Jede Ausgabe enthält zwei Analysen und einige Kurztex-te bzw. Illustrationen. Erscheinungsweise: monatlich, in je einer deutschen und englischen Ausgabe.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Zentralasien-Analysen

Die Zentralasien-Analysen bieten eine monatliche Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: Zentralasien-Analysen@dgo-online.org

Bibliographische Dienste

Die vierteljährlich erscheinenden Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasi-schen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de